

Niederschrift

der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.06.2026

Sitzungsort: Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Beginn: 17:03 Uhr

Ende: 18:44 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleiter: Herr Edom

Schriftführer:



Tagesordnung:

- | I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen-
Nummer |
|------|--|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 4. | Einwohnerfragestunde | |
| 5. | Behandlung von Anfragen | |
| 5.1. | Wie viel muss die Stadt konkret aufwenden, um nach Kürzung der Landesförderrichtlinie die Schulsozialarbeit gemäß KJFP fortzuführen?
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Maicher
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend | 0868/26 |

- | | | |
|--------|--|---------|
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Optionen und Übergangsregelungen für die Kita-Bedarfsplanung 2026/2027
BE: Herr Edom, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend | 1232/26 |
| 7. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 7.1. | Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten
BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend | 2840/25 |
| 7.1.1. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2840/25 – Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten | 2981/25 |
| 7.2. | 3. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023-2027
BE: Leiter des Jugendamtes | 0501/26 |
| 7.3. | Betrauung des Unterausschusses „Kindertageseinrichtungen“ mit der Umsetzung der DS 0185/26 - Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend | 0908/26 |
| 7.4. | Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026 bis 31. Juli 2027
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend;
alle Ortsteilbürgermeister/-innen | 0939/26 |

7.4.1.	Antrag des Unterausschusses Kita zur Drucksache 0939/26 - Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026 bis 31. Juli 2027	1233/26
7.4.2.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur DS 0939/26 - Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026 bis 31. Juli 2027	1325/26
7.5.	4. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023-2027 BE: Leiter des Jugendamtes	1069/26
8.	Festlegungen des Ausschusses	
8.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 23.04.2026 zur Drucksache 0235/26 - Stellenbesetzung in den Erfurter Kindergärten - Nichteinhaltung des Betreuungsschlüssels BE: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend	1083/26
9.	Informationen	
9.1.	Pauschalierung von Sachkosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung BE: Leiter des Jugendamtes	2554/25
9.2.	Änderungen Ressourceneinsatz Schulsozialarbeit BE: Leiter des Jugendamtes	1210/26
9.3.	Bericht Verfahrenslotse gem. § 10b SGB VIII Berichtszeitraum 07.25 – 12.25 BE: Leiter des Jugendamtes	1213/26
9.4.	Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.) BE: Leiter des Jugendamtes	
9.5.	Sonstige Informationen	

1. Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Edom, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Verwaltungsvertreter, Ortsteilbürgermeister sowie alle Gäste, insbesondere die Vertreter der Thomas-Mann-Schule. Sodann stellte er die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen vier Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie der stellvertretende Vorsitzende, Herr Edom, mitteilte, soll der Tagesordnungspunkt 8.1 – Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 23.04.2026 zur Drucksache 0235/26 - Stellenbesetzung in den Erfurter Kindergärten - Nichteinhaltung des Betreuungsschlüssels (Drucksache 1083/26) – aufgrund der vorliegenden Zwischeninformation des Jugendamtes auf die nächste Ausschusssitzung verlagert werden.

Da sich von Seiten der Ausschussmitglieder kein Widerspruch formulierte, ließ Herr Edom wie folgt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Weiterhin wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Edom, die gemeinsame Behandlung von Drucksachen vorgeschlagen.

- Tagesordnungspunkt 6.1 (Optionen und Übergangsregelungen für die Kita-Bedarfsplanung 2026/2027 – Drucksache 1232/26) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.4 (Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026 bis 31. Juli 2027 – Drucksache 0939/26)

Gegen den Vorschlag erhob sich kein Widerspruch.

- Gemeinsame Behandlung folgender die Schulsozialarbeit betreffenden Drucksachen unter dem Tagesordnungspunkt 7.2:
 - TOP 5.1 (Drucksache 0868/26): Wie viel muss die Stadt konkret aufwenden, um nach Kürzung der Landesförderrichtlinie die Schulsozialarbeit gemäß KJFP fortzuführen?
 - TOP 7.2 (Drucksache 0501/26): 3. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023-2027
 - TOP 7.5 (Drucksache 1069/26): 4. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023-2027
 - TOP 9.2 (Drucksache 1210/26): Änderungen Ressourceneinsatz Schulsozialarbeit

Hiergegen formulierte sich ebenfalls kein Widerspruch.

- Tagesordnungspunkt 7.1 (Kita-Moratorium Erfurt – Drucksache 2840/25) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 7.3 (Betrachtung des Unterausschusses Kita mit der Umsetzung der mittelfristigen Bedarfsplanung 2026 bis 2030 – Drucksache 0908/26)

Diesbezüglich wies Frau Butt (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) die Anwesenden darauf hin, dass die Drucksachen durch den Einreicher vertagt werden.

Auf Nachfrage gab es keine weiteren Änderungswünsche. Sodann stellte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Edom, die Tagesordnung in geänderter Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

3. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

4. Einwohnerfragestunde

Es lagen keine schriftlichen Fragestellungen vor.

Im Vorfeld der Sitzung wurden Vertreterinnen und Vertreter der Staatlichen Grundschule „Thomas Mann“ sowie der Staatlichen Regelschule „Thomas Mann“ angekündigt, welche im kommenden Schuljahr eine Gemeinschaftsschule bilden.

Durch Herrn Edom (stellvertretender Vorsitzender) wurde für die Elternsprecherin, den Schülersprecher, die Vertreterin im Schülerparlament, eine Lehrerin der Grundschule sowie für die stellvertretende Schulleiterin der Regelschule jeweils das Rederecht beantragt, welches mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen erteilt wurde.

Zunächst ergriff die Elternsprecherin der Grundschule das Wort. Im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Schulen problematisierte sie den geplanten Wegfall der Schulsozialarbeiter-Stelle der Grundschule. Vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Wandels in den Konzepten und Abläufen als Gemeinschaftsschule seien für die Schüler/-innen Verlässlichkeit und bewährte Bezugspersonen von elementarer Bedeutung.

Der Schülersprecher der Grundschule sowie die Vertreterin der Schülerschaft im Schülerparlament betonten die vertrauensvolle Persönlichkeit und hervorragende Arbeit der Schulsozialarbeiterin. Mithin sprachen sie sich für einen Erhalt der Stelle aus.

Unter Verweis auf § 35a ThürSchulG stellte eine Lehrerin der Grundschule den Unterstützungsauftrag der Schulsozialarbeit heraus. Angesichts der schulorganisatorischen Veränderungen sei eine geordnete Übergabe nicht möglich gewesen. Sie bat daher eindringlich um eine Verlängerung der Stelle über die Herbstferien hinaus.

Die stellvertretende Schulleiterin der Regelschule monierte die mangelnde Kommunikation mit beiden Schulen. Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule sei eine intensive Begleitung der Schüler/-innen erforderlich, die mit der vorgesehenen Ressourcenminderung nicht mehr dargestellt werden könne.

Herr Edom (stellvertretender Vorsitzender) bedankte sich bei den Gästen für ihr Engagement. Der Jugendhilfeausschuss sei bestrebt, die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt zu verbessern, jedoch sei dieser nicht das Entscheidungsgremium.

Auch der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, hob die Bedeutung der Schulsozialarbeit hervor. Hierbei sei es kein einfaches Unterfangen, den bestehenden Bedarfen mit begrenzten Mitteln Rechnung zu tragen. Das Jugendamt versuche stets Veränderungen transparent darzustellen, um Bedarfseinschätzung und Ressourceneinsatz unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes aller Schulen zu diskutieren. Unterdessen hätten beispielsweise 19 Schulen, die über gar keine Schulsozialarbeit verfügen, Bedarfe angemeldet.

Auf Nachfrage von Frau Butt (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN), warum die Veränderung zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorgenommen werden soll, nahm ein Vertreter des Jugendamtes Stellung. In erster Linie gehe es nicht um die Streichung von Stellen, sondern um eine Verteilung, um auch an anderen Standorten Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Viele Einrichtungen verfügten über 0 oder lediglich 0,75 VbE. Vor diesem Hintergrund habe das Jugendamt für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung Sorge zu tragen.

Anschließend wurde das Rederecht für eine weitere Bürgerin mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen erteilt, welche sich nach möglichen Lösungswegen erkundigte. Diesbezüglich kündigte der zuständige Vertreter des Jugendamtes ein Trägersgespräch mit Elternvertretern, der Schulleitung und der Verwaltung des Jugendamtes an, um den Bedarf während der Übergangszeit zu organisieren.

Nachdem das Rederecht für eine Lehrerin der Regelschule ebenfalls einstimmig erteilt wurde, legte sie das projektbezogene Arbeitsaufkommen sowie die Auslastung der Schulsozialarbeiter dar.

Herr Brettin (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) erklärte, dass die Sachlage in der AG Jugendsozialarbeit thematisiert wurde und der freie Träger im vorliegenden Fall beteiligt war. Der Kinderschutzdienst des Mitmenschen e. V. habe bereits mit beiden Trägern, der Schule und den Vertrauenslehrern positive Prozesse und Projekte gestaltet.

Herr Volland (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) fügte hinzu, dass sich Schulsozialarbeit um unterschiedliche Schularten kümmern müsse. Schulsozialarbeit könne die kooperative Zusammenarbeit im Sozialraum schlichtweg nicht ersetzen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. Wie viel muss die Stadt konkret aufwenden, um nach Kürzung der Landesförderrichtlinie die Schulsozialarbeit gemäß KJFP fortzuführen? 0868/26**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Maicher
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend

siehe Tagesordnungspunkt 7.2

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. Optionen und Übergangsregelungen für die Kita-Bedarfsplanung 2026/2027 1232/26
BE: Herr Edom, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend

Die Drucksache wurde gemeinsam mit dem TOP 7.4 aufgerufen.

Mit Blick auf den Sachverhalt begründete der stellvertretende Vorsitzende, Herr Edom, die Intention der Drucksache, die Einrichtungen unter veränderten Rahmenbedingungen überlebensfähig zu machen. Demnach sei es das Ziel, trotz sinkender Kinderzahlen eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Die Vertragslaufzeiten und die alleinige Orientierung an den Betreuungszahlen bürgten für die freien Träger enorme Unsicherheiten.

Der zuständige Sachgebietsleiter des Jugendamtes erläuterte die in der Stellungnahme aufgezeigten Vorschläge sowie das Verfahren zur Anpassung der Verträge. Eine Umsetzung des Beschlusspunktes 02 zum 01.08.2026 sei in diesem kurzen Zeitraum verwaltungstechnisch nicht leistbar und werde daher abgelehnt. Aufgrund der finanziellen und fachlichen Herausforderungen werde eine Spitzabrechnung als zielführendste Variante erachtet.

Angesichts der Problemlagen von Kindergärten (z. B. drohender Stellenabbau, hoher Krankenstand, Bewältigung von sozialen Herausforderungen) befürwortete der Ortsteilbürgermeister Herrenberg, Herr Czentarra, die Drucksache des stellvertretenden Vorsitzenden.

Auf Nachfrage von Frau Löbl (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) nach der Wahlmöglichkeit und den verfahrensbegleitenden Schritten innerhalb der Varianten, führte der zuständige Sachgebietsleiter des Jugendamtes aus, dass es Gesprächsangebote und Schulungen zum Variantenwechsel bereits gegeben habe und diese entsprechend fortgeführt würden. In diesem Zusammenhang seien Trägersgespräche zu führen sowie Vorbereitungen zur Anpassung der einzelnen Verträge zu treffen. Hierzu sind seitens des Jugendamtes noch verwaltungsinterne Abstimmungen erforderlich. In jedem Fall müssen die Ausgaben betriebsnotwendig und angemessen. Weiterhin darf die Finanzierung die Richtwerte des Betriebs kommunaler Kindertageseinrichtungen nicht übersteigen.

Bezugnehmend auf den Tagesordnungspunkt 7.4 erklärte Herr Edom (stellvertretender Vorsitzender), dass aus seiner Sicht der Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg abzulehnen sei, um die Systematik im Ganzen zu erhalten. Zum TOP 6.1 beantragte er die Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) gab die ablehnende Auffassung des Jugendamtes, die bereits in der Stellungnahme zur Drucksache 0727/26 zum Ausdruck gebracht wurde, zu Protokoll. Zudem informierte er über den Gesetzesentwurf zum Thüringer Kindergartengesetz, der finanzielle Hilfen für kleine Einrichtungen vorsieht. Unklar sei, inwieweit die geplanten Regelungen auch den urbanen Raum betreffen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen bzw. Anträge vorlagen, wurde zunächst über die Drucksache 1232/26 in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis TOP 6.1

Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Auf Nachfrage des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Edom, zog Herr Czentarra (Orts-
teilmürgermeister Herrenberg) seinen Antrag zurück.

Die Abstimmung der Drucksache 0939/26 in Fassung des Antrags des Unterausschusses
Kindertageseinrichtungen in Drucksache 1233/26 erbrachte folgendes Ergebnis.

Abstimmungsergebnis TOP 7.4

Ja-Stimmen	10
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	3

mit Änderungen beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss einen rechts-
sicheren Verfahrensvorschlag vorzulegen, wie Finanzierungslücken geschlossen werden
können, die infolge der Umsetzung der einjährigen Bedarfsplanung Kindertageseinrich-
tungen/Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August bis 31. Dezember 2026 entste-
hen. Dies betrifft insbesondere:

- a) Träger mit Vereinbarungen zur Finanzierung über Sachkostenpauschalen,
- b) Träger mit Vereinbarungen zur Finanzierung auf Grundlage der Spitzabrechnung.

02

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, die Systematik der Sachkostenpauscha-
le weiterzuentwickeln, sodass auch unter den Bedingungen sinkender Kinderzahlen eine
angemessene, transparente und verlässliche Finanzierung der Kindertageseinrichtungen
entsprechend den Vorgaben des Thüringer Kindergartengesetzes (ThürKigaG) gewährleis-
tet werden kann.

7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 7.1. Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten 2840/25
BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

- 7.1.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2840/25 – Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten 2981/25

vertagt

- 7.2. 3. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023-2027 0501/26
BE: Leiter des Jugendamtes

Wie der stellvertretende Vorsitzende, Herr Edom, informierte, wird die Drucksache gemeinsam mit dem TOP 5.1 (Drucksache 0868/26), TOP 7.5 (Drucksache 1069/26) und dem TOP 9.2 (Drucksache 1210/26) aufgerufen.

zur Drucksache 0501/26

Herr Fuchs (Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt) und Frau Greim (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bekräftigten das Beratungsergebnis des Unterausschusses Kinder-, Jugend- und Familienförderung, wonach die Träger der Schulsozialarbeit nicht für Eigenmittel herangezogen werden sollen. Die künftige Ausgestaltung der Eigenleistung könne im Rahmen der integrierten Jugendhilfeplanung nochmals aufgegriffen werden.

zur Drucksache 1210/26 (TOP 9.2)

Hinsichtlich der Schulsozialarbeit am Königin-Luise-Gymnasium und des vorliegenden Schreibens des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur erkundigte sich Frau Karger (Vertreterin der Fraktion CDU) nach dem weiteren Fortgang in der Sache.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes informierte über den Abzug der Fachkraft. Zur Trägerschaft bzw. Zuordnung einer neuen Fachkraft gebe es noch keine endgültige Lösung.

Der Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt, Herr Fuchs, brachte Verwunderung zum Schreiben und der Form der Kontaktaufnahme mit dem Jugendhilfeausschuss zum Ausdruck.

Die weitere Aussprache zu diesem Thema wurde aufgrund der Beachtung schutzwürdiger persönlicher Interessen durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Edom, in den nichtöffentlichen Teil verwiesen.

**** siehe Tagesordnungspunkt 4 des nichtöffentlichen Teils ****

Weiterhin fragte Frau Butt (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) nach dem Überarbeitungsstand zur Verteilung der Schulsozialarbeit im Allgemeinen. Der zuständige Vertreter des Jugendamtes verwies auf die andauernden Beratungen der Unterarbeitsgruppe.

zur Drucksache 1069/26 (TOP 7.5)

Auf Nachfrage von Frau Butt (Vertreterin der Fraktion SPD & PIRATEN) erläuterte der zuständige Vertreter des Jugendamtes die Beweggründe der Schulleitung zur Reduzierung des Stellenumfangs. Hierbei spielten insbesondere rückläufige Förderbedarfe und geringere Fallzahlen eine Rolle. Das Vorgehen war mit dem Träger abgestimmt.

zur Drucksache 0868/26 (TOP 5.1)

Es lagen keine Nachfragen vor.

Sodann wurde über die Drucksachen 0501/26 (TOP 7.2) und 1069/26 (TOP 7.5) abgestimmt.

Abstimmungsergebnis TOP 7.2

Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	10
Enthaltungen	3

Abstimmungsergebnis TOP 7.5

Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	10
Enthaltungen	3

abgelehnt Ja 0 Nein 10 Enthaltung 3 Befangen 0

- 7.3. Betrauung des Unterausschusses „Kindertageseinrichtungen“ mit der Umsetzung der DS 0185/26 - Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend
- 0908/26

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

- 7.4. Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/ Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026 bis 31. Juli 2027
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
hinzugezogen: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Jugend;
alle Ortsteilbürgermeister/-innen
- 0939/26

siehe Tagesordnungspunkt 6.1

bestätigt mit Änderungen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

- 7.4.1. Antrag des Unterausschusses Kita zur Drucksache 0939/26 - Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026 bis 31. Juli 2027
- 1233/26

siehe Tagesordnungspunkt 6.1

bestätigt

- 7.4.2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Herrenberg zur DS 1325/26
 0939/26 - Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/
 Kindertagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2026
 bis 31. Juli 2027

siehe Tagesordnungspunkt 6.1

zurückgezogen

- 7.5. 4. Änderung des Kinder- und Jugendförderplanes 2023- 1069/26
 2027
 BE: Leiter des Jugendamtes

siehe Tagesordnungspunkt 7.2

bestätigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 1083/26
 23.04.2026 zur Drucksache 0235/26 - Stellenbesetzung in
 den Erfurter Kindergärten - Nichteinhaltung des Betreu-
 ungsschlüssels
 BE: Vertreter des Dezernats für Soziales, Bildung und Ju-
 gend

siehe Tagesordnungspunkt 2

vertagt

9. Informationen

- 9.1. Pauschalierung von Sachkosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung 2554/25**
BE: Leiter des Jugendamtes

Der zuständige Vertreter des Jugendamtes informierte über die im Unterausschuss Hilfen zur Erziehung geführte Debatte, wonach eine Sachkostenpauschale als Abrechnungsmethode für alle Bereiche im Rahmen der integrierten Jugendhilfeplanung diskutiert werden soll. Diese Vorgehensweise sei auf breite Zustimmung gestoßen.

Nachfragen lagen nicht vor.

zur Kenntnis genommen

- 9.2. Änderungen Ressourceneinsatz Schulsozialarbeit 1210/26**
BE: Leiter des Jugendamtes

siehe Tagesordnungspunkt 9.2

zur Kenntnis genommen

- 9.3. Bericht Verfahrenslotse gem. § 10b SGB VIII Berichtszeitraum 07.25 – 12.25 1213/26**
BE: Leiter des Jugendamtes

Die Anlage konnte im Bürgerinformationssystem eingesehen werden.

Wortmeldungen bzw. Nachfragen gab es nicht.

zur Kenntnis genommen

9.4. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: Leiter des Jugendamtes

Wie Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) informierte, wurden in der Sitzung des Stadtrates am 20.05.2026 zwei jugendhilferelevante Beschlüsse gefasst:

- Die Drucksache 2524/24 – Aktionsplan Kinderarmut (Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung beschlossen.
- Mit der Drucksache 0665/26 - Wahl eines stellvertretenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss für die Fraktion Mehrwertstadt – wurde Frau Bettina Rittweger als zweites stellvertretendes Mitglied gewählt.
- Die Drucksache 1019/26 - Beanstandung des Beschlusses 0185/26 Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 (Einreicher: Oberbürgermeister) – wurde abgelehnt.

Nachfragen wurden nicht gestellt.

9.5. Sonstige Informationen

Der Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt, Herr Fuchs, informierte über die 10. Jugendkonferenz am 30.06.2026 im Kommarum-Kulturbahnhof und lud junge Menschen sowie interessierte Erwachsene zu der Veranstaltung der Beteiligungsstruktur BÄMM! ein.

Weiterhin setzte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) die Anwesenden über die Entwicklungen im neuen Förderprojekt „Thüringer Qualitätskompass – sprachliche Bildung und inklusive Kindergartenentwicklung“ des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Kenntnis. Die berücksichtigten Einrichtungen erhalten sodann den Zuschlag für die Teilnahme im Projektzeitraum 2026/2027.

Weiterer Informationsbedarf bestand nicht.

Anschließend beendete der stellvertretende Vorsitzende, Herr Edom, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Edom
stellv. Vorsitzender

gez. 
Schriftführer